DER CO_2-STEUER-LOHN

DIE NÄCHSTE RUNDE DER INDUSTRIALISIERUNG WIRD NOCH MEHR ARBEITSLOSE SCHAFFEN UND GLEICHZEITIG SCHREITET DER KLIMAWANDEL UNGEBREMST VORAN. KANN MAN BEIDE PROBLEME ZUSAMMEN ANGEHEN?

Man will gar nicht wissen, in wie vielen Forschungsprojekten in Deutschland von angehenden akademischen Experten in den letzten Jahren die Frage geklärt wurde, ob man mit einem Elektroauto, das 80 km Reichweite hat, von den Alpen bis zur Nordsee fahren kann. Derartige Forschungsprojekte sind Luxus-Arbeitsbeschaffung. Aber immerhin haben die Forscher so ein Dach über dem Kopf und müssen sich um ihre nächste Mahlzeit keine Sorgen machen.

Die Uber Trends

Die Elektromobilität ist international ganz klar auf dem Vormarsch, und in wenigen Jahren sind E-Autos mit 300 km Reichweite selbstverständlich. Doch auch selbstfahrende Fahrzeuge werden in wenigen Jahren zum Alltag gehören. Heute sind es vor allem Tesla Motors und Google, die damit Aufsehen erregen. Aber auch Daimler und andere Hersteller sind in den letzten Monaten auf die Straße, um beispielsweise selbstfahrende LKW-Kolonnen vorzuführen.

Erst vor kurzem haben Unternehmen wie Uber durch das Konzept der „Smartphone"-basierten Mitfahrzentrale die Taxi-Branche aufgeschreckt und diese in vielen Städten massiv unter Druck gesetzt. Gerade Uber macht keinen Hehl daraus, dass man mittelfristig die Dienste mit selbstfahrenden Autos erbringen will. Sogar der Diesel-Skandal-Vorreiter Volkswagen will nun zum Mobilitätsanbieter werden und selbstfahrende E-Autos entwickeln; so wie Daimler, BMW, Ford, Volvo …

Doch was die Zahl der Verkehrstoten, die CO_2-Emissionen und den Ressourcenverbrauch deutlich senken kann, wird letztlich auch die Arbeitsplätze der Taxi- und LKW-Fahrer in Frage stellen. Werden wir es deshalb verbieten? So wie die Bundesregierung die Erneuerbaren ausbremst, damit die Kohlekumpel weiterhin einem dreckigen Job nachgehen dürfen … müssen?

Arbeitslos 4.0

Neben der Unsitte jeder noch so dümmlichen Nutzung von Computern gleich das Wort „Smart" voranzustellen, neigen wir seit kurzem auch dazu, große Worte hinten mit „Eins-größer-als-was-auch-immer Punkt Null" zu verunstalten. Also lassen Sie uns das Kind beim Namen nennen: Arbeitslos 4.0.

Arbeitslos 1.0: die Jäger wurden von den sesshaften Bauern in den Ruhestand geschickt. Arbeitslos 2.0: Die Bauern und ihre Zugtiere wurden von der Dampfmaschine und dem Dieselmotor abgelöst. Arbeitslos 3.0: Die Kraftmaschinen haben letztlich die Industriearbeiter abgeschafft und durch Call-Center-Mitarbeiter ersetzt.

Kommen wir also zu Arbeitslos 4.0: Derzeit wird das Call-Center von Computern und die verbleibenden Facharbeiter von 3D-Druckern aufs Arbeitsamt geschickt. Wobei das Arbeitsamt ja auch nur ein „Call-Center" ist und letztlich selber von automatischen, sprachgesteuerten Computerlösungen bedroht wird. „Hey Siri, gibt es heute einen Job für mich?"

Flachbildschirmrückseitenberatungsgespräche nennt der kabaretttaugliche Technologiephilosoph Gunter Dueck viele der heutigen Tätigkeiten. Oft sind Vertriebsfachleute meist nur noch als bessere Spracherkennungsroboter tätig.

Joe Kaeser, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, hat unlängst bei einer Gesprächsrunde darauf hingewiesen, dass die nächste Runde der digitalen Industrialisierung („4.0") etwa 90% der Mittelschicht treffen wird und dass heute nicht erkennbar ist, wo all diese Menschen eine neue, sinnvolle Arbeit finden sollten.

Mensch oder … und Maschine?

Das indische Kastenwesen erfüllt im Kern eine ähnliche Funktion wie die bei uns bekannten Zünfte oder heutigen Handwerkerinnungen. Sie sichern einer Gruppe von Menschen einen Platz in der Gesellschaft. Das Leben wird planbarer und damit weniger belastend, da es nicht passieren kann, dass morgen auf einmal jeder Holzbretter zusägen kann und darf.

Doch neue Maschinen und Technologien haben das – oft geheime – Fachwissen der Handwerkermonopole überflüssig gemacht. Ein deutscher Bauer kann mit seinem Traktor heute mühelos mehrere hundert Hektar bearbeiten und so über 100 Mitmenschen ernähren. Früher waren über 100 Menschen zur Bearbeitung dieser Fläche notwendig.

Als Gesellschaft brauchen wir immer weniger Mitmenschen, um zu überleben. Doch jeder von uns braucht viele seiner Mitmenschen einfach nur zum Leben.

Sklavenhalter

Eine der Errungenschaften der Industrialisierung war das Konzept der solidarischen Rentenkassen und Versicherungen. Wer mitarbeitet hat auch dann einen Anspruch auf Geld (Rente), wenn er zum Arbeiten zu schwach wird. Das sichert den sozialen Frieden.

Die damals aufgekommene Forderung nach Vollbeschäftigung ist eine logische Konsequenz, da ja nur die Beschäftigung das Anrecht auf Rente erschaffen konnte.

Es gebe „kein Recht auf Faulheit", sagte vor einigen Jahren Bundeskanzler Gerhard Schröder. Doch gleichzeitig ist Vollbeschäftigung unmöglich und auch nicht gewollt. Denn, wie bereits aufgezeigt, sinkt der Bedarf an Arbeitssklaven. Maschinen können vieles besser. Und Währungshüter wie Alan Greenspan verfolgten ganz offen das Ziel, immer ein gewisses Maß an „Worker Insecurity" aufrechtzuerhalten.

All das ist völlig normal … für eine Gesellschaft, die noch immer mental über die Weltanschauung der Sklavenhalter nicht weit hinausgekommen ist.

Bedingungslose Flatrate

Einen Ausweg aus der skizzierten Entwicklung könnte das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) sein. Anstatt für „Arbeit" ein „Schmerzensgeld" zu kassieren und durch die Ökosteuer zu versuchen, die produktive Nutzung von Energie und Maschinen soweit uninteressant zu machen, dass immer noch genug menschliche (Energie)Sklaven benötigt werden … warum sollte die Gesellschaft nicht einfach jedem Mitbürger pauschal und ohne Vorbedingungen ein Grundeinkommen überreichen, damit er keine Existenzängste haben muss? Man darf am Tisch sitzen und mitessen, und zwar nicht nur dann, wenn man mitgeholfen hat, das Mammut zu erlegen. Man darf

16

SONNENENERGIE 4|2016 AUGUST-SEPTEMBER

Gegenrede zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)

Nachtrag zum Artikel: Der CO_2-Steuer-Lohn (Ausgabe 4/16)

Es ist grundsätzlich richtig und wichtig, sich für eine CO_2-Steuer stark zu machen. Aber die Verquickung einer solchen Steuer mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen" (BGE) führt aus verschiedenen Gründen in die Irre:

Das BGE ist realitätsfern

In seinem Beitrag beschreibt Tomi Engel auf Seite 16 unter der Zwischenüberschrift „Arbeitslos 4.0" die künftige Gesellschaft als eine, in der durch IT-isierung unweigerlich die Arbeitsplätze ausgehen. Schon sechs Seiten weiter findet sich in der gleichen Ausgabe der SONNENENERIE eine ganz andere Arbeitsplatz-Vision: Michael Kopatz verweist auf die auch aus Klimaschutzgründen nötige Agrarwende zu mehr Bioprodukten, die zugleich einen höheren Arbeitseinsatz erfordere: „Rund 90.000 Arbeitsplätze könnten beispielsweise in Frankreich entstehen, stiege die Zahl der Biobauern dort auf neun Prozent." Und der Post-Fossil-Autor Richard Heinberg schreibt in „Jenseits des Scheitelpunkts" sogar, dass allein die USA für die künftige deindustrialisierte Landwirtschaft 40 bis 50 Millionen neue Bauern bräuchten. Heinberg ist sich mit vielen Wissenschaftlern einig, dass nach dem unweigerlichen Scheitelpunkt der Erdöl- und Rohstoff-Ausbeute künftig mehr auf menschliche Arbeitskraft gesetzt wird – im Gartenbau, in Reparaturbetrieben, in regionalen Manufakturen.
Schon heute zeigt die seit fast einem Jahrzehnt andauernde und mit billigem Geld nur notdürftig kaschierte Weltwirtschaftskrise, dass es mit Wirtschaftswachstum und allumfassender Automatisierung nicht immer so weiter gehen wird. Und das 2015 in Paris international vereinbarte 1,5°C-Klimaziel macht deutlich, dass es weltweit ein „weiter so" nicht geben kann. Die künftige Entwicklung dürfte daher mit „bedingungsloser Gartenarbeit" realitätsnäher beschrieben sein als durch „bedingungsloses Grundeinkommen".

Das BGE ist finanzpolitisch problematisch

Das BGE dient einer dauerhaften Existenzsicherung. Wenn es aber tatsächlich den CO_2-Ausstoß erfolgreich senken würde, müssten die CO_2-Steuern erhöht oder andere Steuern zur Finanzierung des BGE herangezogen werden. Das würde die produktiven Steuerzahler treffen, und dort insbesondere die ärmeren Schichten, die ihre CO_2-Last nicht weiter senken können.

Das BGE entspringt der Ideologie einer Überfluss-Gesellschaft

Die heute gern als Legitimations-Instanz bemühte „gute Mutter Natur" kennt kein Recht auf ein „bedingungsloses Grundeinkommen": Wer nicht in Form von sammeln, jagen, Ackerbau und Viehzucht arbeitet, kommt eben um. Insofern hat der Satz des oft geschmähten Altbundeskanzlers Gerhard Schröder durchaus seine Berechtigung: „Es gibt kein Recht auf Faulheit." Nun lassen wir uns in unserer Gesellschaft auch vom Begriff der Humanität leiten: Wer alt, krank und schwach ist, wird von der heutigen Gesellschaft versorgt, unabhängig von Familien- oder Stammeszugehörigkeit, und das ist auch gut so!
Wer allerdings weder alt, noch krank, noch schwach ist, der kann auch arbeiten. Die Ideologie, gesunde, erwachsene Menschen von der Erwerbsarbeit freizustellen und sie stattdessen dauerhaft gesellschaftlich zu alimentieren, kann sich nur in einer Überfluss-Gesellschaft verbreiten, wie sie sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts einmalig in der Menschheitsgeschichte herausgebildet hat, und die die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts kaum überleben wird. Nicht umsonst sind führende Vertreter der Suffizienz-Bewegung – die sich gegen den „Wachstumswahn" der Überfluss-Gesellschaft wendet – wie z.B. Prof. Nico Paech gegen ein BGE.
Damit Menschen auch von ihrer Arbeit leben können und nicht einem fortgesetzten Lohndumping ausgeliefert sind, hat die Regierung in dieser Legislaturperiode endlich den gesetzlichen Mindestlohn als eine Untergrenze eingeführt. Der ist zwar nicht üppig, reicht aber deutlich über eine Grundsicherung hinaus, und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben. Wer jedoch wie Autor Tomi Engel heute im Zusammenhang mit Arbeitslöhnen von „Schmerzensgeld" spricht, kann kaum ebenda glaubhaft argumentieren, dass es ihm beim BGE nur um eine Grundsicherung und nicht um Luxus gehe.

Das BGE ist kein DGS-Thema

Die DGS ist die erste/älteste deutsche Organisation für Erneuerbare Energien – sie sollte sich nicht zu einem beliebigen Verein für soziale Utopien machen, die dann künftig in der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen wird. Viele unserer Mitglieder sind bewusst dieser Fachgesellschaft beigetreten; hätten sie einen Verein für Sozialutopien gesucht, hätten sie genügend andere Möglichkeiten gehabt.

ZUM AUTOR:

▶ *Götz Warnke*

ist Vorsitzender der DGS-Sektion Hamburg

kontakt@warnke-verlag.de

Anmerkung der Redaktion

Das Thema BGE ist heftig umstritten, nicht nur innerhalb der DGS. Es finden sich an so manch überraschender Stelle Befürworter und Gegner. Auf Seiten der Gewerkschaften ist man vielfach skeptisch, im Gegensatz dazu sieht Siemens-Chef Joe Kaeser ein bedingungsloses Grundeinkommen als „unvermeidlich" an. Auch wurde die Kombination von CO_2-Steuer und BGE erst kürzlich in dem Buch „Ein Prozent ist genug", einem Bericht des Club of Rome, vorgeschlagen. In dem von Jorgen Randers und Graeme Maxton verfassten 13 Empfehlungen kommen beide Maßnahmen vor. Das Buch ist eine pragmatische wie undogmatische Analyse der Lage (siehe Buchbesprechung SONNENENERGIE 6|16). Die Diskussion bleibt spannend!